

Magdi Gohary

Das Brot, die Würde und wir

Betrachtungen, Erlebnisse und Schlussfolgerungen
aus dem arabischen Frühling

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", so lautet Artikel 1.1 unserer Verfassung. Was verstehen die Menschen eigentlich unter "Würde", und ist sie trotz kultureller Unterschiede wirklich universal?

Als ich Ende März dieses Jahres in Köln über das Thema "Ägyptische Revolution" vor einem linken Publikum sprach und am Ende der Veranstaltung bei einem Bier mit einem Teil des Publikums weiter diskutierte, kam die Überraschung. Ein junger Mann sagte uns, dass er mit dem "bürgerlichen" Begriff Würde weder im individuellen noch im gesellschaftlichen Sinne viel anzufangen weiß. Eine ältere Dame entschied die Diskussion durch eine Erzählung aus ihrer eigenen Lebensgeschichte: Sie saß Anfang der 60er-Jahre im Adenauer-Gefängnis wegen eines KPD-Verbotsdelikts. Die Wärterinnen forderten sie einmal im Monat auf, sich ganz auszuziehen und begannen mit der Befummelung ihrer Körperöffnungen. Sie hätte sich nie im Leben, weder vorher noch bis heute, so entwürdigt gefühlt wie damals, sagte sie uns. Wir wurden alle ganz still.

Szenenwechsel, Kairo, Tahrirplatz 5. Februar 2011: Ein Mann um die 50 erzählte mir, er sei Postbeamter, verdiene 100 Euro monatlich, habe drei Kinder, davon zwei Mädchen im Heiratsalter, sein Chef mobbe ihn täglich. Ist das ein Leben, fragte er mich. Was wird aus den Mädchen? Kann Gott das wollen? Hier geht es sowohl um Brot als auch um Würde. Gleich danach, ein Mann um die 40: Ihm geht es materiell gut. Er hat drei Geschäfte in der Innenstadt, ein Auto und zwei Wohnungen. Ihm mangelt es an nichts. Aber jeden Tag muss er schmieren: Polizisten, Beamte des Versorgungsamts, Beamte der Lebensmittelkontrolle usw. Das will er nicht mehr. Das ist würdelos, sagte er. Deshalb ist er hier auf dem Platz.

Würde als revolutionäre Kraft?

Kann Entwürdigung ein revolutionäres Potential produzieren helfen? Nach meinen Beobachtungen trifft das in höchstem Maße im arabischen Raum zu.

Begriffe wie Würde und Entwürdigung spielen sowohl bei den Gesprächen, die ich am Tahrirplatz im Januar/Februar und im April dieses Jahres geführt habe, als auch bei den vielen Interviews und politischen Berichten und Analysen in den arabischen Medien eine zentrale Rolle. Dieses Gefühl der Würdelosigkeit ist vielleicht bei den arbeitslosen Architekten in Madrid oder den Hartz-IV-Empfängern in Berlin

genau so stark wie bei dem Architekt in Bahrain, der zwar einen Job hat, aber der falschen Konfession angehört und deshalb diskriminiert wird

Der "Frühling" ist heute arabisch, aber manches spricht dafür, dass morgen auch ähnliches in Südeuropa stattfinden könnte. Viele Erfahrungen, die in Kairo oder Tunis gemacht wurden, könnten vielleicht wegweisend für die kommende Entwicklung im Rest der Welt werden. Vielleicht ist das, was ich, mehr gefühlsmäßig und unbelegbar, bei einem Vortrag gesagt habe, gar nicht so abwegig: Der arabische Frühling und die Atomkatastrophe in Japan werden die Welt verändern.

Ich verließ mein Geburtsland Ägypten im Frühjahr 1957. Ein paar Monate vorher hatte Präsident Gamal Abdel Nasser die Suezkanal-Gesellschaft, die sich mehrheitlich in den Händen von französischen und britischen Aktionären befand, verstaatlicht. Grund genug für eine westliche Strafaktion – die heute noch als Suezabenteuer verniedlicht wird. Großbritannien, Frankreich und Israel griffen Ägypten militärisch an, besetzten die Halbinsel Sinai und die Stadt Port-Said. Sie mussten sich aber auf Druck der UdSSR und der USA unverrichteter Dinge zurückziehen und Nasser ging als politischer Sieger daraus hervor. Die erste große Nationalisierungs-Maßnahme in den Ländern der damaligen "Dritten Welt" war geglückt. Der Versuch Mosaddeqs, das iranische Erdöl zu nationalisieren, war fünf Jahre zuvor an einem von der CIA organisierten Putsch gescheitert. Grund genug, als junger Ägypter mit 16 Jahren, Europa mit erhobenem Haupt zu betreten. 54 Jahre danach, am 27. Januar 2011, zwei Tage nach dem "Tag des Zorns", landete ich in Kairo. Dieses Mal betrat ich Ägypten als ein älterer Weltbürger. In diesem mehr als einem halben Jahrhundert hat der Nahe Osten aber den revolutionären Elan eines Nasser verloren. An seiner Stelle traten die sog. arabischen Despoten auf die politische Bühne. Ihre vom Westen zugeordnete Rolle war es, für die großen Ölvorkommen strategische wichtige Wasserwege zu sichern und Israel als ein faktisches Nato-Land zu akzeptieren. Nebenbei wirtschafteten die meisten von ihnen so, dass der "Neoliberalismus" im Vergleich fast sozialistische Züge trägt. Demokratie, Menschenrechte und Soziale Gerechtigkeit waren Themen, die höchstens plakativ auf Pressekonferenzen, vor laufenden Kameras bei Staatsbesuchen im und aus dem Westen proklamiert wurden.

Das Öl erwies sich für die nahöstlichen Länder nicht nur als Segen, sondern häufiger als Fluch. Der Niedergang der arabischen Welt schien nicht mehr aufzuhalten.

In einem Land wie Ägypten wurde eine korrupte Machtelite gezüchtet, die das Land wirtschaftlich und moralisch an den Rand des Ruins gebracht hat. Sowohl das Bildungs- als auch das Gesundheitssystem sind kollabiert. Die kulturelle Elite des Landes wurde mit den Ödollars weitgehend zum Schweigen gebracht. Alles geschah ganz offen vor den Augen der gesamten Welt.

Der "Westen" betrieb eine Politik gegenüber dem Nahen Osten, die von Doppelmoral nur so strotzt.

Als sich die Tunesier in Dezember 2010 erhoben, konnte die damalige Außenministerin im Hause Sarkozy die Erfahrungen ihrer französischen Sondereinheiten der Polizei Ben Alis unverfroren vor dem Parlament anbieten. Jede israelische Regierung konnte tun und lassen, worauf sie gerade Lust hatte. Seit 1967 befinden sich die Westbank, der Gaza-Streifen und ein Teil der Golanhöhen völkerrechtswidrig unter israelischer Besatzung. Die Rückendeckung seitens des Westens bis zum Gebrauch des US-Vetos im Sicherheitsrat war die Voraussetzung, um diese israelische Politik überhaupt zu ermöglichen. Für einen Bruchteil dessen, was israelische Führer in der Region ange richtet haben, wären manche andere vor die Richter in Den Haag gezerrt worden.

Krieg gegen den Terror

Die Terrorattacke von 9/11 vor zehn Jahre läutete den Beginn des unseligen "Kriegs gegen den Terror" ein, mit den schrecklichen Auswirkungen, die wir alle heute kennen: Der Afghanistankrieg dauert noch an. Die Atommacht Pakistan wurde destabilisiert. Über hunderttausend Iraker mussten ihr Leben in diesem Irakkrieg lassen. Das Land wird gerade noch durch eine Marionettenregierung zusammen gekittet. Somalia am Horn von Afrika hat als Staat aufgehört zu existieren und mutierte zu einem Piratenzufluchtsort.

In den westlichen Ländern bereitete sich das Geschwür der "Islamophobie" aus, ein Phänomen, das die europäischen Gesellschaften bis in ihre Mitte durchdrungen hat. Islamophobie und andere fremdenfeindliche Gedanken dienen heute innenpolitisch manchen Regierungen, bis hin nach Skandinavien, zu ihrer Machterhaltung auf Kosten von Minderheiten.

Still und leise, fast unbemerkt von der Öffentlichkeit entwickelte sich die deutsche Armee zu einer Interventionsarmee mit entsprechender Strategie, Ausrüstung und Ausbildung. Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass beklagte neulich in Hamburg in bemerkenswerter Altersradikalität, dass "die Lächerlichkeit der Guttenbergschen Plagiatsaffäre" die Abschaffung der "allgemeinen Wehrpflicht" verdrängt hat.

Der von mir genannte "Entwürdigungsprozess" ist durch die modernen Kommunikationsmittel und das Entstehen von neuen Fernsehkanälen wie "Alja-

zeera" der arabischen Öffentlichkeit bewusst gemacht worden. Jeder, vom Atlasgebirge in Nordafrika bis zum Golf von Oman im Indischen Ozean, konnte vieles aus diesem Prozess hautnah, aber ohnmächtig erleben: Der Irakkrieg und der Einmarsch von ausländischen Truppen 2003 in eine der wichtigsten Hauptstädte der arabischen Welt, Bagdad. Im Sommer 2006 wurde ein Drittel der Infrastruktur des Libanons von der israelischen Militärmaschinerie zerstört. Es braucht wenig Feingefühligkeit um zu spüren, wie die Menschen in der Region 2006 die Tatsache interpretiert haben, dass die USA und die EU einen Waffenstillstand im Libanon erst gefordert haben, nachdem Israel, angesichts der Nichterreichung seiner militärischen Ziele, selber darum gebeten hat. Vorher haben wir aus den westlichen Hauptstädten nur das übliche Geschwätz vom "Selbstverteidigungsrecht" Israels vernommen. Ende 2009 wurde der Gaza-Streifen von Israel, als Höhepunkt der noch andauernden völkerrechtswidrigen Blockade, zum größten Teil zerstört.

Die Menschen in der Region wussten alles über die Kumpanei Mubaraks mit dieser Strategie und der Könige von Jordanien und von Saudi-Arabien mit den israelischen Aggressionen. Alles war glasklar. Man konnte eins und eins zusammenzählen. Die verdammte Ohnmacht der Menschen war allgegenwärtig. Genau das empfanden die arabischen Menschen unter Würdelosigkeit.

Zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte gehört das Auftauchen zweier neuer Regionalmächte auf der Bühne im Mittleren Osten: der Türkei und des Iran. Ich wage die Behauptung: ohne die Ablehnung der Aufnahme der Türkei in den erlauchten EU-Club in Brüssel durch die Konservativen in Europa (die bayerischen Bierzelte können ein Lied davon singen!) hätte die Türkei heute nicht diese große Bedeutung in der Region. Welcher türkische Politiker, der nicht von allen guten Geistern verlassen ist, wird heute die "Aufnahme in den Klub" unter den Bedingungen eines drohenden Eurokollapses noch wünschen? Bei Iran verlief es anderes. Bush und Rumsfeld haben durch ihren Irakkrieg Teheran zur Regionalmacht gemacht.

Das Auftauchen der Türkei und des Iran als Akteure im politischen Geschehen in der Region hat die arabischen Despoten vor den Augen ihrer Völker teilweise demaskiert und somit den Weg für den "arabischen Frühling" geebnet.

Die Situation heute

In Tunesien und in Ägypten sind die Spitzen des alten Regimes durch die Protestbewegung weggefegt worden. Aber es wurde aus vielen nachvollziehbaren Gründen keine Revolutionsmacht installiert.

In Jemen, Libyen und Syrien wird heftig gekämpft. Die Entscheidung ist aber mehr oder weniger gefallen. Es geht nicht mehr darum, ob man sich an der Macht halten kann, sondern darum, das wann und wie der Flucht der noch Herrschenden zu organisieren.

Auch ein Stück Kuriosität der Geschichte: je mehr die Forderung nach schneller Verurteilung von Mubarak und seinen Leuten von den Ägyptern lauthals erhoben wird und je mehr Exponenten des alten Regimes ins Gefängnis geworfen werden, um so zäher werden die anderen arabischen Despoten um alles kämpfen und um so schwieriger wird es, eine Exit-Strategie zu entwickeln.

Eine andere Kategorie der Despotie finden wir am Golf (Saudi-Arabien, Kuwait, die Emirate und Oman). Diese Staaten sind in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden. Sie organisieren und finanzieren alle möglichen konterrevolutionären Aktivitäten in Ägypten mit. Sie bieten dem wirtschaftlich lädierten Land Milliardenkredite an, verbunden mit der Auflage, Mubarak und seine Leute zu schonen. Arabische Despoten sollen nicht von ihren Völkern zur Rechenschaft gezogen werden dürfen. Die viel beschworene Domino-Theorie sitzt ihnen im Nacken. Neulich hat ein bekannter Talkshow-Master im kuwaitischen staatlichen Fernsehen das ägyptische Volk als ein undankbares Volk beschimpft, weil es Mubarak weggejagt hat. Die Golfstaaten sind auch an der Verlängerung und Verschärfung der Kampfhandlungen an ihren Grenzen (Syrien und Jemen!) interessiert, um die eigene Protestbewegung zu entmutigen und die schweigende Mehrheit abzuschrecken.



Und die Golfstaaten tätigen wahnsinnige Rüstungskäufe. Die beabsichtigte Lieferung von 200 Kampfpanzern der Leopardklasse an Saudi-Arabien findet hier seine Begründung. Die 'Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung' vom 10.7.2011 sieht die Gründe für den "israelischen Sinneswandel", d.h. grünes Licht für den Berliner Rüstungsexport zu geben, in der Rolle Saudi-Arabiens als "Gegengewicht gegen Iran" und fügt hinzu: "Seit dem arabischen Frühling hat Riad aus der Sicht Israels noch einmal an Bedeutung gewonnen. Denn auf Ägypten, Israels Vertragspartner in der Region, kann sich Israel nicht mehr wie zu Zeiten Mubaraks verlassen." Hier schließt sich der Kreis.

Glaubt man in Berlin wirklich, dass Westerstalles Solidaritätsbekundung und angebliche Sympathie für den "arabischen Frühling" die Menschen in der Region noch täuschen könnten?

Es gibt kein zurück mehr

Trotz alledem ist die Entwicklung dessen, was man "arabischer Frühling" nennt, unumkehrbar geworden. Sie ist nicht mehr rückgängig zu machen. Viele Rückschläge können und werden kommen, und an einigen Orten wird viel Blut fließen. Aber das Rad kann nicht mehr zurückgedreht werden.

Ägypten ist objektiv das wichtigste Land im arabischen Raum und was dort geschieht, hat unmittelbare Auswirkung auf die gesamte Region. Daher möchte ich diese von mir aufgestellte Behauptung hauptsächlich an Hand der ägyptischen Entwicklung näher begründen.

Das Charakteristische an der ägyptischen Entwicklung ist, dass die Menschen es durch ihre landesweiten Aktionen geschafft haben, Mubarak zu stürzen, d.h. die Spitze der Diktatur abzubrechen. Dabei hatten die Menschen weder einen Plan noch eine führende politische Gruppierung oder eine Führungspersonlichkeit an der Spitze, geschweige denn verfügten sie über eine revolutionäre Theorie. Außerdem hatten sie zum Glück keine Hilfe von Außen erfahren. Gelder sind dort nicht geflossen, weder aus den USA noch aus Europa. Unsere parteinahen Stiftungen hatten zwar Kontakte zu manchen Personen der sog. Zivilgesellschaft, aber die glänzten – zum Glück – durch Abwesenheit, eine Art Fehlinvestition unserer Steuermittel. Zum Trost: auch der mit 70 Milliarden Dollar budgetierten und "allmächtigen" CIA ging es nicht besser. Das Ausland – von Obama bis zum Irren aus Tripolis – wurde kalt erwischt und das ist gut so.

Die Regimespitze brechen, aber selber nicht regieren, das ist wirklich etwas Neues.

Um das Geschehen in Kairo zu Anfang dieses Jahres verstehen zu können, soll die ägyptische Armee etwas näher betrachtet werden.

Die ägyptische Armee

Manche von uns Linken reagieren reflexartig auf den Begriff Militär, denn jeder hat seine eigene historische Erfahrung und darauf basierend ein eigenes politisches Koordinatensystem. Was aber in Deutschland richtig ist, kann in Ägypten falsch sein und umgekehrt. Die moderne ägyptische Armee ist unter *Mohamed Ali Pascha* Anfang des 19. Jahrhunderts mit Hilfe eines französischen Militärfachmanns namens *Suleiman Pascha al Frinsi* aufgebaut worden. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass diese Armee seit mehr als zweihundert Jahren niemals nach Innen eingesetzt wurde. Nach Außen wurde sie dagegen gegen die Wahabiten (die Vorfahren des heutigen Saudi-Herrscherclans), dann mehrere Male gegen die Hohe Warte in Istanbul, dann gegen die britische Invasion und zuletzt im Kampf gegen Israel eingesetzt.

Drei wichtige Ereignisse in der Biografie der Armee sind hilfreich fürs Verstehen der heutigen Entwicklung. 1884 rebellierte der Armeeführer General *Ahmed Orabi Pascha* – der erste Fellachensohn, der General wurde – gegen den Herrscher Khedewi Tawfik. Er wurde verewigt durch seinen Satz, der später auf dem Tahrirplatz allgegenwärtig wurde: "Majestät, wir sind alle als freie Menschen geboren." Sein Widerstandskampf gegen die Briten ging verloren und Ägypten wurde faktisch eine britische Kolonie. Ahmed Orabi Pascha wurde verbannt.

Das zweite Ereignis geschah am 23. Juli 1952. Gamal Abdel Nasser, damals ein 32-jähriger Armeeoberst, beendete an der Spitze der "Freien Offiziere" die ägyptische Mohamed Ali-Monarchie und modernisierte das Land. Der Feudalherrschaft wurde durch eine Landreform die Grundlage entzogen, Industrialisierung, Abschaffung von Schulgeld und Verstaatlichung des Suezkanals etc. wurden durchgesetzt.

Das dritte Ereignis führt uns ins Jahr 1977. Die Bevölkerung von Kairo revoltierte gegen die Abschaffung von Brotsubventionen, die auf Veranlassung des "Internationalen Währungsfond" IWF von Präsident Sadat verfügt worden war. Es gab Unruhen in Kairo und die Polizei verlor die Kontrolle. Die Armee marschierte erst in die Stadt ein, nachdem Sadat zugesichert hatte, keine Gewalt auszuüben. Die Brotrevolte feierte die Soldaten. Die Menschen überreichten ihnen Blumen. Sadat zog daraufhin die Preiserhöhung zurück.

Zurück zum Tahrirplatz am 2. Februar dieses Jahres. Ein befreundeter pensionierter Armeegeneral antwortete mir auf meine Frage, was er von den jungen Tahrirprotestler hält: Er erzählte, mir wie er als junger Hauptmann der Infanterie am 6. Oktober 1973 in einem Schlauchboot mit 12 Soldaten an der Überquerung des Suezkanals teilgenommen hat, unter dem Beschuss der israelischen Besatzer, die sich an der bis dahin als "uneinnehmbar" geltenden Barlev-Linie verschanzt hatten. Die Offiziere wussten, dass die Überlebenschance nur 50 Prozent betrug. Für den pensionierten General sind die jungen Leute am Tahrirplatz die Soldaten auf dem Gummiboot. Sie befreien das Land zum zweiten Mal, dieses Mal ohne Waffen. Diese Armee wird niemals auf sie schießen, sagte er. Ein Schießbefehl von Mubarak würde verweigert.

Davon war auch ich am 28. Januar felsenfest überzeugt, als ich vom Fenster des Büros des ORF die ersten gepanzerten Fahrzeuge der Armee vor dem Fernsehgebäude in Kairo auffahren sah. Mit dieser Meinung stand ich nicht allein. Als am 4. Februar eine Panzerkolonne der dritten Armee, dem Befehl Mubaraks folgend, den Platz gewaltsam zu durchqueren versuchte, wurden sie von den Menschenmassen daran gehindert. Die Offiziere und Mannschaften griffen zu ihren privaten Mobiles und riefen ihre Ehefrauen, Mütter, Väter, Söhne und Töchter an

und fragten, was sie wohl jetzt tun sollen. Ein unglaublicher und einmaliger Vorgang in der Militärgeschichte.

Die ägyptische Armee hat sich, als sie vor der Entscheidung stand, Staat oder Regime, eindeutig für den 6500 Jahre alten ägyptischen Staat entschieden und ist damit ihrer Tradition treu geblieben. Sie hat sich aber keineswegs für die Revolution entschieden.

Die Massen haben die Spitze des Regimes zum Teufel gejagt. Mubarak & Söhne sitzen in Untersuchungshaft. Das Parlament wurde aufgelöst, ebenfalls die regierende Staatspartei. Das Vermögen der Partei wurde konfisziert. Die Mehrheit der Ministerriege der letzten zehn Jahre wartet im Gefängnis auf ihre Verurteilung oder ist schon verurteilt. 20 bis 30 Wirtschaftsführer sitzen ebenfalls im Gefängnis oder dürfen das Land nicht verlassen, oder sie sind rechtzeitig geflüchtet und werden von Interpol gesucht.

Eine scheinbar stolze Bilanz für sechs Monate – wenn die Revolution wirklich regieren würde. Es regiert aber der "Hohe Militärrat" und eine von ihm ernannte Interimsregierung unter der Führung von Issam Sharaf.

Für die Protestbewegung läuft alles viel zu langsam. Bei vielen beginnt das Gefühl, man habe sie um die Früchte ihre Revolution betrogen. Die Situation ist desolat. Der Tourismus, von dem jeder zehnte Ägypter lebt, ist eingebrochen. Das alleine sind Einbußen von ca. 12 Mrd. Dollar. Es herrscht ein Sicherheitschaos. Ein falscher Korpsgeist und die übliche Kameraderie haben die Polizeiarbeit fast lahm gelegt. Polizisten sind beleidigt, weil man sie verdächtigt, am Tod von 850 Menschen Anfang des Jahres beteiligt gewesen zu sein. Sie decken sich gegenseitig und vernichten Beweismaterial. Gerade kommt die Meldung, dass 505 (von insgesamt 850) Polizeigeneräle und 82 Oberste aus dem Dienst entlassen worden sind. Das war eine der Hauptforderungen der Protestbewegung.

Das Militär wiederum nutzt ausgiebigst die vom alten Regime geschaffene Militärgerichtsbarkeit aus, um kleine Ganoven und Schläger, aber manchmal auch Protestler in Schnellverfahren zu verurteilen. Bei anderen schweren Korruptions- und Tötungsdelikten der Großen geht es etwas gemüthlicher zu, sagt die Protestbewegung.

Die Privilegien des Militärs

Das ägyptische Militär beherrscht mindestens ein Viertel der Wirtschaft des Landes. Die höheren Dienstgrade genießen unzählige große Privilegien. Die Generäle wissen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis sie an die Reihe kommen, was mindestens – wenn sie nicht an Korruptionsfällen beteiligt sind – eine teilweise Abschaffung der lukrativen Privilegien bedeuten könnte. Sie sind auch mit der Aufgabe, "eine Gesellschaft im ~~Au~~stabil" bei einer gelähmten Polizei regieren zu müssen, anscheinend überfordert. Sie würden am liebsten möglichst ohne Reibungsverluste in die Kasernen zurückgehen.

Das ist das "Dilemma", in dem der "Hohe Militärrat" bis heute steckt, dazu später mehr.

All diesen Widersprüchen zum Trotz ist die Armee heute als Schutzschild der Entwicklung unentbehrlich und das wird auch in den nächsten zwei bis drei Jahren so bleiben. Die Frage ist, wie kommt sie aus der beschriebenen Misere heraus?

Egal wie die neue Verfassung aussehen wird, die Armee und viele Angehörige der politischen Klasse des Landes suchen eine gewisse Verankerung der Rolle der Armee in dieser Verfassung. Bei dieser Rolle könnte es sich ungefähr um die Funktion handeln: "Die Armee als Garant eines säkularen Staat Ägyptens". Eine Art türkischer "Kemalismus" des 21. Jahrhunderts auf arabischem Boden.

Die momentane Vorgehensweise des Militärs ist **zwei Schritte vor und ein Schritt zurück**.

Jeden Freitag wird auf dem Tahrirplatz und in der Provinz nach dem Freitagsgebet protestiert. Dort werden jeweils ganz konkrete Forderungen laut erhoben. Schon ein bis zwei Tage später beginnt das Militär mit der Erfüllung von Teilen der Forderungen. Das geschieht aber oft zaghaft und unprofessionell. Das Militär weiß auch, dass es angesichts der blutigen Ereignisse in Libyen, Syrien und Jemen, aus dem Wunsch nach Stabilität heraus, eine schweigende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. Die meisten Ägypter sind froh, diese Armee zu haben. Wird die Armeeführung aber gegen die Protestbewegung vorgehen, besteht einmal die Gefahr, dass die Mehrheit der mittleren Dienstgrade und die Mannschaften den Befehlen nicht Folge leisten, was Erhebungen seitens des Militärs bestätigen. Zum anderen ist davon auszugehen, dass die schweigende Mehrheit sofort umschwenken und sich auf die Seite der Protestler stellen würde.

Außerdem steht die Armeeführung, die vorgibt, das Land nur zu verwalten aber nicht zu regieren, unter massivem Druck seitens der USA und Saudi-Arabiens.

Die USA gewährt der Armee eine "unentgeltliche" Hilfe von 1,5 Mrd. Dollar jährlich und ohne US-Weizenlieferungen ist eine geregelte Ernährung der 83 Millionen Ägypter nicht zu gewährleisten. Die Saudis und die anderen Golfstaaten drohen heimlich mit der Erschwerung bzw. Beendigung der ägyptischen Arbeitsimmigration von über drei Millionen Menschen am Golf. Das käme für jede ägyptische Regierung einer Katastrophe gleich.

Faktisch haben wir es heute in Ägypten mit einer seltenen Art der **Doppelherrschaft** zu tun. Die große Frage lautet deshalb: Mündet das ganze in einen friedlichen Übergang mit allem Hängen und Würgen oder kommt es zu einem Zusammenstoß mit allen schrecklichen Folgen, die über die Grenzen des Landes hinausgehen würden?

Kaffeersatzlesen ist hier nicht angebracht. Ein paar Parameter sind aber leicht auszumachen.

Der Pluralismus

Die ägyptische Gesellschaft ist in kürzester Zeit pluralistisch geworden. Das Zeitalter der politischen Monopole ist vorbei. Kein Mubarak, kein Pharao, keine Einheitspartei. Das haben die Menschen verinnerlicht. Weder die sog. Islamisten noch die sog. Säkularisten werden alleine regieren können. Die "Moslembruderschaft" ist heute faktisch eine Art "Volkspartei" geworden. Moderate, Modernisierer und Fundamentalisten, alle sind vertreten in dem, was man im Westen als "Islamisten" bezeichnet wird. Heute schon verweigert die Jugendorganisation der Bruderschaft oft die Gefolgschaft und kritisiert häufig die überalterte Führung. Sie halten Konferenzen ab und die Führung boykottiert offen die Teilnahme. Die Jugend nimmt mit den Säkularisten gemeinsam an den Aktivitäten auf dem Tahrirplatz teil, egal ob die Leitungsgremien der Bruderschaft dafür oder dagegen sind. Die USA strecken ihre Fühler aus und suchen Kontakte zu der Organisation.

Die Säkularen sind in unzählige Gruppen aufgeteilt von Liberalen über Nasseristen bis Sozialisten und Kommunisten. Neugründungen von Parteien sind fast täglich zu verzeichnen. Die Beobachter der politischen Szene verlieren langsam die Übersicht. Der Deckel auf dem Dampfkessel ist aufgegangen.

Die Kopten, ca. 10 % der Bevölkerung, sind deutlich selbstbewusster geworden und lassen sich nicht mehr alles gefallen wie unter Mubarak. Sie stellen sich kämpferisch gegen Attacken der radikalen Salafisten. Die Aktivisten von ihnen lassen sich nicht mehr bevormunden, weder von der offiziellen koptischen Kirche unter der Führung des schwer erkrankten und erzkonservativen Papst Shenuda II. noch von irgendwelchen Kopten im Exil, die sich als Sprecher der Kopten aufspielen.

Die ethnischen Minderheiten, wie die Nubier im Süden und die Beduinen auf der Halbinsel Sinai, treten zum ersten Mal als politische Kraft auf und formulieren selbstbewusst ihre Forderungen. Früher waren die Beduinen ein "Sicherheitsproblem", für das das Innenministerium zuständig war. Entwicklungspläne für die Sinaihalbinsel, ohne die üblichen Investoren um Mubaraksohn Gamal, und vor allem unter Beteiligung der Beduinen werden entworfen.

Ein entschiedenes Moment in dem Veränderungsprozess Ägyptens ist die Bildung von freien Gewerkschaften. Dies läuft gleichzeitig mit einer Säuberungswelle in den traditionellen Berufsverbänden des Landes. Unter Mubaraks Herrschaft mutierten die Gewerkschaften zu Befehlsempfängern des Regimes. Ihre Führer verurteilten die Revolution im Januar und beteiligten sich an den Attacken der Schlägertruppen gegen die Protestler auf dem Tahrirplatz.

Die neuen Gewerkschaften sind ein Garant dafür, dass die Arbeiterbewegung ein wichtiges Wort bei den bevorstehenden sozial-ökonomischen Umwälzungen der Gesellschaft mitzureden haben wird. Kürzlich nahmen sie teil an einer internationalen Kon-

ferenz in London und haben ihre Teilnahme an der internationalen Boykottkampagne gegen Israel verkündet, solange die Okkupation der besetzten Gebiete andauert.

Alle Führungsgremien in den traditionellen Berufsverbänden (Ärzte, Journalisten, Kultur, Rechtsanwälte usw.), die im Verdacht standen, Sprachorgane des Regimes zu sein, sind aufgelöst und wurden ersetzt durch Persönlichkeiten, die sich in der Revolution einen Namen gemacht haben.

Das Rechenschaftsprinzip

Erstmals in der modernen ägyptischen Geschichte wird Rechenschaft von jedem Verantwortlichen gefordert. Alle, Militär, Regierung und sogar die Privatwirtschaft werden zur Rechenschaft gezogen. Führungsgremien von politischen Parteien können heute nicht mehr so selbstherrlich schalten und walten wie bisher. Die Parteibasis verlangt Rede und Antwort. Universitätsdekane, die früher von Mubarak höchstpersönlich ausgesucht und von der berüchtigten Staatssicherheitsabteilung des Innenministeriums begutachtet wurden, werden heute vom gesamten Lehrkörper gewählt. Dass hier und da überzogen und übertrieben wird, liegt in der Natur der Sache.

Kürzlich haben die Bewohner von Suez damit gedroht, den Suezkanal lahm zu legen, falls ihre Forderung nach Bestrafung derjenigen Polizeioffiziere, die für die Ermordung unzähliger Menschen in der Stadt verantwortlich sind, nicht rasch erfüllt wird. Ein grober Unfug angesichts der außenpolitischen, militärstrategischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Kanals. Eine Beeinträchtigung des Schiffsverkehrs auf dem Kanal käme heute der Einladung zu einer Nato-Intervention gleich.

Ein neues arabisches Bewusstsein

4. Juli, mittags nach dem Freitagsgebet. Der Bildschirm des arabischen TV-Senders "Aljazeera" ist in vier Fenster aufgeteilt: Direktbilder aus Kairo/Ägypten, aus Hamma/Syrien, Sanaa und Taaz/Jemen. Wenn man die Unterschiede in den arabischen Dialekten und die in den Nationaltrachten ausblendet, sind die Szenen gleich. Eine Region bestehend aus verschiedenen Ländern, die sich seit der Unabhängigkeit unterschiedlich entwickelt haben, ist in Aufruhr. Menschen skandieren die selben Slogans und praktizieren fast die gleichen Rituale.

Ihre Herrscher haben es trotz der auffallenden Gemeinsamkeiten (Sprache, Religion, Geschichte) in ihren Ländern weder gewollt noch geschafft, sie in einem Staatsverband zusammen zu vereinen. Die "Arabische Liga" mit Sitz in Kairo ist fast ohne Machtbefugnisse und hat sich bei keiner einzigen Krise im Nahen Osten bewährt. Nicht einmal die Golfstaaten, die reichen Länder ohne krasse Niveauunterschiede, verstehen es, eine gemeinsame Währung auf den Weg zu bringen.

Der Westen hat aber auch bisher jede Art von Zusammenschlüssen in der Region sabotiert. Der Versuch, auf französische Initiative hin einen Mittelmeerklub mit Deutschland, aber ohne die meisten arabischen Ländern zu schaffen, ist kläglich gescheitert. Die Araber sahen darin mit Recht einen Spaltungsversuch.

Die Region drohte, in Ethnien zu zerfallen. In Sudan ist vor kurzem ein zweiter Staat entstanden. Der Irak ist permanent am Rande einer Aufteilung zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden. Der Libanon zwischen Sunniten, Schiiten und Maroniten. Das Palästina-Problem ist noch ungelöst und wird erschwert durch eine ungehemmte Siedlungspolitik Israels, die von den USA und der EU faktisch hingenommen wird. Die Verteilung von Nilwasser zwischen Ägypten/Sudan einerseits und den schwarzafrikanischen Nilquellen-Staaten andererseits droht, langfristig zu einem gefährlichen Flächenbrand in Afrika zu eskalieren.

In einer solchen Situation treten die Völker oft als Korrektiv auf. Ein Aspekt, der bis heute nie ernsthaft erforscht wurde. Könnte der fehlende Glaube an die Völker als Subjekte der Geschichte der Grund dafür sein?

Das Auftauchen der arabischen Völker als Korrektiv ihrer Geschichte, als Versuch, am Rande des Abgrundes das Lenkrad herumzureißen, ist eine der größten und wunderbarsten Errungenschaften des arabischen Frühlings.

Der arabische Frühling und Israel/Palästina

Netanjahu und Liebermann ließen in den ersten Tagen des ägyptischen Frühlings nichts unversucht, die westlichen Hauptstädte davon zu überzeugen, Mubarak nicht fallen zu lassen. Vergebens. Sie mussten hilflos zuschauen, wie ihr strategischer Hauptpartner in der Region buchstäblich zerfiel. Nach dem Schock ging man an die Arbeit.

Der Bau einer früher konzipierten Mauer vom Gaza-Streifen bis Eilat am Golf von Akaba wurde beschleunigt. Eine Veränderung der israelischen Militärstrategie ist in vollem Gange. Die ägyptisch-israelische Grenze von über 120 Km Länge wirft über Nacht neue Fragen für die bisher gültige Militärdoktrin Israels auf. Experten sehen deshalb eine Steigerung der Militärausgaben Israels in den nächsten fünf Jahren um 30 % voraus.

40 % der israelischen Stromerzeugung stammen aus Erdgasverbrennung und wiederum 40 % des israelischen Erdgasverbrauchs kommen aus Ägypten. Das Gasabkommen zwischen Ägypten und Israel stößt gerade bei der ägyptischen Protestbewegung auf totale Ablehnung. Dabei ärgern sich die Ägypter über zwei Dinge: zum ersten, dass sie selber Schlange stehen müssen, um Gasflaschen zu kaufen; und zweitens, dass Israel für die Gaslieferungen weit unter dem Weltmarktpreis zahlt. Die Leitung ist zum vierten Mal gesprengt worden. Es ist zu erwarten, dass

diese Ablehnung bei den bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen eine zentrale Rolle spielen wird.

Auch Abbas verlor seine Hauptstütze. Da Mubarak weg ist, konnte die ersehnte Nationale Versöhnung zwischen Fatah und Hamas endlich beschlossen werden. Daraufhin hat der israelische Ministerpräsident Netanjahu Abbas' "Autonomiebehörde" vor die Alternative gestellt: entweder eine Versöhnung mit Hamas oder mit Israel. Die ägyptischen Verantwortlichen werden nicht müde zu versichern, dass Ägypten sich an das "Camp-David-Abkommen" halten wird. In den ägyptischen Medien wird aber die Meinung immer lauter vertreten, das Abkommen sei so lange nicht gültig, bis die israelische Besatzung beendet wird. Der bekannte Kolumnist der "New York Times", Thomas Friedmann, hat es auf den Punkt gebracht: "Bisher hat Israel Frieden mit einem Mann gehabt, jetzt kommt es darauf an, Frieden mit 83 Millionen Menschen zu schaffen."

Bei zukünftigen Zusammenstößen zwischen Palästinensern und der Besatzungsmacht Israel wird eine neue arabische Öffentlichkeit an der Seite der Palästinenser stehen. Die Regimes einschließlich Ägypten werden dadurch unter immensen Druck geraten und können es nicht nur, wie es bisher üblich war, bei leeren Solidaritätsfloskeln belassen.

Vieles spricht dafür, dass es zu einer dritten Intifada am Tahrirplatz Ende September 2011 kommen könnte. Im September wird der Antrag der Palästinenser auf Aufnahme als Staat vor dem UN-Sicherheitsrat durch US-Veto scheitern, um aber damit vor die UN-Vollversammlung zu gelangen. Der Fokus der Nahost-Frage, das Palästina-Problem, wird in Bewegung geraten. Diesmal aber unter den Bedingungen des arabischen Umbruchs.

Wir und der arabische Frühling

Zuerst die Sprachlosigkeit, dann die übliche Anmahnung von Reformen. Sicher hatten manche in den Machtzirkeln des Westens sogar eine gewisse Bewunderung und Sympathie für den Umbruch im arabischen Raum empfunden. Der Run auf Ägypten hat schon begonnen. Hillary Clinton, Westerwelle, Ashton, um nur einige zu nennen, mussten zum Tahrirplatz in Kairo pilgern und haben sich werbewirksam auf gemeinsamen Fotos mit den protestierenden Menschen gezeigt.

Jetzt ist vom "Marshallplan" für Ägypten und Tunesien die Rede. Die US-Regierung sagte vor dem US-Kongress aus, dass sie in den letzten Monaten ägyptische Menschenrechtsorganisationen mit 42 Millionen US-Dollar gesponsert hätte. Unsere parteinahen Stiftungen wollen "Demokratiekurse" für Ägypter organisieren. Mir ist die Erinnerung an die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Nelken-Revolution in Portugal noch frisch. Damals sind Druckmaschinen und Kopiergeräte per LKW nach Lissabon verfrachtet worden. Die

portugiesische Revolution mündete im Sozialdemokraten Mario Soares und das war das bittere Ende der Revolution.

Was man in Ägypten heute wirklich braucht, ist neben einer kräftigen Kapitalspritze (nur der Westen, die Golfstaaten oder China kommen als Kapitalgeber in Frage) Hilfe beim Aufbau der neuen freien Gewerkschaften. Wäre es vielleicht möglich, hier eine Initiative von erfahrenen und aufrechten Gewerkschaftern zu starten als Konkurrenz zu den üblichen Aasgeiern, die momentan in den Startlöchern sitzen, bereit, die "Beute" im Sinne des "freien Marktes" zu zerreißen?

Das alte Spiel scheint aber noch betrieben zu werden. Paradebeispiel ist die beabsichtigte deutsche Lieferung von 200 Leopard-Kampfpanzern an Saudi-Arabien mit Zustimmung Israels. Man setzt lieber auf die bewährten Despoten. Wie hat Präsident Roosevelt einmal gesagt: Er ist zwar ein Schweinehund, aber dafür unser Schweinehund. Man kann aber heute unserer Rüstungsbestverkäuferin Frau Merkel mit Gewissheit versichern, dass der Umbruch in der Region keinen Bogen um die "Tankstelle Saudi-Arabien" machen wird – mit oder ohne "unsere" Leoparden.

"Ägypten ist derzeit wie ein kaputtes Auto. Die Revolutionäre schieben von hinten, aber am Steuer sitzt der Militärrat und bremst. Und die, die dem Präsidenten nachtrauern, haben noch einen Backstein vors Rad gelegt. Und die schweigende Mehrheit hat es sich auf dem Rücksitz bequem gemacht und ruft den Revolutionären zu: Jetzt schiebt mal stärker, damit das Auto rollt."

Khaled al-Khamisi
in der Süddeutschen Zeitung vom 25.7.2011

Magdi Gohary (69 Jahre alt) kam vor 54 Jahren aus Ägypten nach Deutschland. Von Beruf Chemotechniker. Aktiv als Gewerkschafter und Betriebsrat. Besonders engagiert in der Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen. Referenten- und Seminartätigkeit vor allem zu den Themen Naher Osten und Apartheidsystem.